



**Sebastian Giacobelli, Andreas Langenohl,
Carola M. Westermeier**

Die Finanz- und Staatsschuldenkrise in der Eurozone: Schulden, Experten und Modelle

Einleitung

Seitdem die Flucht hunderttausender Menschen nach Europa massive politische Folgen zeitigt, sind die Folgen der globalen Finanzkrise, die 2008 mit dem Zusammenbruch des Investmentbankhauses Lehman Brothers einsetzte, etwas in den Hintergrund der öffentlichen Aufmerksamkeit getreten. Wo sie zur Sprache kommt, geht es zumeist um die gesellschaftlichen Folgen der Krise, die sich in Europa als Staatsschuldenkrise manifestierte, wie etwa die rapide angestiegene Arbeitslosigkeit speziell unter jungen Leuten in einigen Ländern Europas. Bereits zuvor waren Forderungen, die Finanzmärkte einer strengeren Kontrolle zu unterziehen, die zu Anfang der Krise, d.h. bis ca. 2010, noch laut vernehmbar waren, eher verhallt und an Expertenkommissionen delegiert worden. Vor allem die Struktur des globalen Finanzverkehrs, der in Form elektronischer Signale stattfindet, was unter anderem für den Verlauf der Krise entscheidend war, wird kaum noch angesprochen. Am lautesten wurde die öffentliche Diskussion (speziell in Deutschland und Griechenland, aber auch in anderen Ländern) um die Staatsschuldenkrise im Euroraum thematisiert, vor allem – etwa im Jahre 2015 – mit Blick auf Griechenland.

Am Institut für Soziologie der Justus-Liebig-Universität Gießen besteht mit dem Team von Prof. Dr. Andreas Langenohl ein wirtschafts- und finanzsoziologischer Forschungsschwerpunkt, der sich mit diesen Fragen befasst und über den hier berichtet werden soll. Er basiert unter anderem auf zwei von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) seit 2014 geförderten Forschungsprojekten. Dies ist zum einen das Teilprojekt „Politische Sicherheit im Gefolge der Weltfinanzkrise“ im Sonderforschungsbereich/Transregio 138 „Dynamiken

der Sicherheit: Formen der Versichertheitlichung in historischer Perspektive an den Universitäten Gießen und Marburg“ (Bearbeiterin: Carola M. Westermeier), zum anderen das Forschungsprojekt „Temporalitäten der Ökonomik: Die Modellform ökonomischer Theorie“, welches die DFG im Rahmen ihres Schwerpunktprogramms 1688 „Ästhetische Eigenzeiten“ fördert (Bearbeiter: Dr. Sebastian Giacobelli).

Diese beiden Projekte bearbeiten drei Fragen, die oben bereits angedeutet wurden: Wie verändern sich europäische Verständnisse politischer Sicherheit und Souveränität im Gefolge der Finanzkrise? Wie wurde die Finanzkrise aus der Öffentlichkeit in Expertengremien verlagert? Welche symbolische Struktur weisen (finanz-)ökonomische Modellierungen auf, und wie erklärt sich ihre ungebrochene, wenn nicht gar gestiegene Durchsetzungskraft? Diese drei Fragestellungen, die politisch-ökonomische mit wissens- und wirtschaftssoziologischen Perspektiven verbinden, sollen nicht zuletzt zum Verständnis der bemerkenswerten Resilienz von, wie der Wirtschaftswissenschaftler und Wissenschaftshistoriker Walter Ötsch es nennt, „marktradikalen“ Wirtschaftsprozessen in Europa beitragen,¹ die zu Beginn der Finanzkrise für kurze Zeit als dringend reformbedürftig galten, sich mittlerweile jedoch wieder konsolidieren konnten.

Rote Zahlen: Wie Staatshaushalte zu Privathaushalten wurden

Das Jahr 2015 markierte einen Höhepunkt in der europäischen Auseinandersetzung darüber, wie mit der Krise von Staatsschulden einiger Länder in Südeuropa umzugehen sei. Dies betraf insbesondere Griechenland. Griechische Staatsanleihen galten seit dem Jahr 2010 als weitgehend marktunfähig, weil sie

von Ratingagenturen als "junk bonds" eingestuft worden waren, d.h. als Anleihen mit hohem Ausfallrisiko. Eine solche Einstufung kommt dem Urteil gleich, dass die entsprechenden Länder und ihre Regierungen als kreditunwürdig gelten. Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion hatte hierauf mit der Einrichtung zweier neuer Institutionen reagiert, welche solcherart in Not geratenen Regierungen Sonderkredite gewähren sollten und die in der Folge nicht nur Griechenland, sondern auch Irland, Spanien und Portugal Kredite abseits der internationalen Anleihemärkte gewährten: die *European Financial Stability Facility* (EFSF) und der *European Stability Mechanism* (ESM). Im Falle Griechenlands operierten diese neuen kreditgebenden Institutionen gemeinsam mit der Europäischen Zentralbank (EZB) und dem Internationalen Währungsfonds (IWF). Der Zugang zu derartigen Krediten ist indes an so genannte Konditionalitäten gebunden, d.h. die beziehenden Staaten müssen sich verpflichten, bestimmte Wirtschaftsreformen umzusetzen, die dazu beitragen sollen, die Neuverschuldung zu senken, die bestehenden Schulden abzutragen und auf diese Weise das „Vertrauen“ der internationalen Anleihemärkte wiederzugewinnen.²

(Nicht nur) Im Falle Griechenlands wogen die gesellschaftlichen Konsequenzen dieser Reformen schwer, weil sie mit radikalen Einschnitten in sozialstaatliche Leistungen einhergingen. Als Reaktion auf die Folgen dieser Reformen wurde Ende 2014 die neu gegründete Syriza-Partei in die Regierung gewählt, die mit dem Versprechen antrat, die Reformen rückgängig zu machen oder zumindest abzumildern. Hieraus ergab sich eine das Jahr 2015 prägende Choreografie politischer Zusammenstöße zwischen Regierungsvertretern und Repräsentanten der Europäischen Kommission, der EZB und des IWF. Anhand dieser Konflikte lässt sich ein Prozess nachzeichnen, den man als „Versicherheitslichung“ (*securitization*) von Staatsschulden bezeichnen kann. Hierunter wird im Forschungsfeld der Internationalen Beziehungen ein Deutungsprozess verstanden, in dessen Zuge bestimmte politische Fragen oder ganze Politikfelder als sicherheits- und existenzrelevant

für ein politisches Gemeinwesen erklärt und damit den üblichen Formen der politischen Auseinandersetzung und Konfliktregulierung entzogen werden.³ Griechenland markierte dabei einen besonders virulenten Beispielfall, weil hier zwei Versicherheitslichungsstrategien gegeneinander in Anschlag gebracht wurden. Einerseits herrschte spätestens seit einer Rede Angela Merkels vor dem deutschen Bundestag am 26. November 2011, in der sie den muster-gültig „versicherheitslichenden“ Satz „Scheitert der Euro, dann scheitert Europa“ aussprach, in der Europäischen Union die Haltung vor, dass das Überleben der Einheitswährung eine Existenzfrage der EU ist. Auf der anderen Seite schlug auch die Syriza-Partei einen „versicherheitslichenden“ Tonfall ein, indem sie die Aussetzung der Reformforderungen von Europäischer Kommission, EZB und IWF zu einer Überlebensfrage der griechischen Nation erklärte.⁴ Im Hintergrund dieser Auseinandersetzungen lief indes ein anderer Prozess ab, kraft dessen Griechenland eine zentrale symbolische Säule seiner Souveränität einbüßte: nämlich die Souveränität, neben Steuereinnahmen durch die Zirkulation von Staatsschulden große Teile seines Haushalts zu bestreiten. Um die Tragweite dieses Prozesses zu verstehen, muss man sich vor Augen führen, dass eine reguläre Budgetierung des Staatshaushaltes durch die Ausgabe von Staatsanleihen ein, historisch gesehen, junges Phänomen darstellt. Noch in der frühen Neuzeit bezeichnete „debitum publicum“, sehr im Gegensatz zum heutigen „public debt“, weniger die Schulden, die ein Staat bei seinen Bürgern hatte, sondern eher deren Verpflichtung, dem Staat Geld zu leihen – meist zum Zwecke der Kriegsführung, weswegen solche Zwangskredite als überaus riskant galten.⁵ Umso erstaunlicher ist die heutige wirtschaftswissenschaftliche Auffassung, dass Staatsanleihen – und zwar trotz zahlreicher Staatsbankrotte – technisch als risikolose Anleihen angesehen werden können. Wichtige Schritte auf dem Wege zu dieser Neudefinition von Staatsanleihen im 20. Jahrhundert waren die Möglichkeit, sie als Zahlungsmittel zu benutzen (so genannte *liquid government bonds*), und die Tendenz, dass Staatsschulden in Zeiten von Krisen zu-

nehmend als „sichere Häfen“ angesehen wurden.⁶

Im 20. Jahrhundert indes kam ein weiterer, wichtiger Punkt hinzu, nämlich die Zirkulation von Staatsanleihen auf internationalen Bondmärkten. Denn dies hatte, sehr zur Stärkung der Unterstellung der Kreditwürdigkeit von Staaten, die Konsequenz, dass bei der Ermessung des Risikos einer Anleihe weniger deren ökonomische Sicherheiten (etwa staatliche Infrastrukturen, Gold- oder Rohstoffreserven) in Betracht gezogen wurden als vielmehr die Erwägung, ob sich im Bedarfsfall Käufer für diese Anleihe finden lassen würden. Die Kreditwürdigkeit eines Staates wurde daher weniger durch eine „real“-wirtschaftliche Sicherheit, sondern eher durch jenes bereits angesprochene „Vertrauen“ der Märkte gestützt. Damit tragen Bondmärkte direkt zur finanziellen wie symbolischen Konstitution staatlicher Souveränität bei: Sie erlauben Staaten, ihr Budget durch Verschuldung zu finanzieren, erlassen ihnen zugleich eine Offenlegung ihrer Sicherheiten und bestätigen sie somit als potent.

Diese Konfiguration von Staatsanleihen, Märkten und Souveränität verkehrte sich im Falle Griechenlands. Sobald die Bondmärkte bzw. die Ratingagenturen als die „*volonté générale der financial community*“⁷ griechische Anleihen als auf dem Markt unverkäuflich einstufen und in der Folge EFSF, ESM und IWF Kredite abseits des Marktes zur Verfügung stellten, erzwangen letztere Institutionen einen rigorosen Offenbarungseid der griechischen Regierung. Die gerade in Deutschland populäre und von Finanzminister Schäuble vertretene Überzeugung, dass weder Staaten noch Privathaushalte „über ihre Verhältnisse leben“ können,⁸ die nicht zuletzt auf Griechenland angewendet wurde, steht hiermit in unmittelbarem Zusammenhang. In Verkennung der Tatsache, dass moderne Staaten ihre Souveränität dadurch erlangen, dass niemand nach der finanziellen Sicherheit fragt – was ihnen daher auch erlaubt, „über ihre Verhältnisse zu leben“ – erkennt jene Überzeugung in der Ausnahme die Regel.⁹ Die Gleichsetzung von Privat- mit Staatshaushalten ist daher nicht nur ökonomisch irrig, etwa weil – um nur ein Beispiel zu nennen – Pri-

vathaushalte in der Regel keine Investitions-, sondern Konsumkredite aufnehmen. Sie lässt auch außen vor, dass ein Gutteil heutiger staatlicher Souveränität, und zwar auch in symbolischer Hinsicht, darauf beruht, dass Staaten Schulden machen *können*, und zwar, *ohne* ihre finanziellen Sicherheiten offenzulegen, solange ihre Anleihen auf Märkten zirkulieren. Dies unterstreicht, dass die Bondmärkte einen großen Anteil an der „Versicherheitlichung“ der griechischen Staatsschulden hatten, weil der Entzug von „Marktvertrauen“ die Souveränität des griechischen Staates nicht nur auf budgetärem, sondern auch auf symbolischem Gebiet unterminierte.

Diskrete Experten: Aus der Öffentlichkeit in die Kommissionen

Angesichts der Politisierung der Staatsschuldendiskurse ist es erstaunlich, dass jene Ereignisse, die zur Staatsschuldenkrise führten, aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit nahezu verschwunden sind. Die Rede ist von der globalen Finanzkrise, die sich von einer Krise des amerikanischen Immobilienmarktes ab 2008 zu einer weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise ausweitete. Die Auswirkungen auf die produzierende Wirtschaft sind insbesondere in den südeuropäischen Ländern noch deutlich zu spüren.

Wie die Staatsschuldenkrise, die ihr folgte, wurde auch die Finanzkrise als existenzielle Bedrohung für den wirtschaftlichen Wohlstand und das Gemeinwohl beschrieben und „versicherheitlicht“.¹⁰ Dieses Bedrohungsszenario rechtfertigte den Einsatz von außerordentlichen politischen Maßnahmen wie der milliardenschweren Bankenrettung und (Teil-)Verstaatlichungen von Banken. Aus diesem kostspieligen politischen Eingreifen erwachsen in der Folge Forderungen, wie zukünftige Krisen zu vermeiden seien. Die Finanzindustrie und deren Praktiken, die außer Kontrolle geraten schienen, sollten strikten Regelungen unterworfen werden. Die Notwendigkeit einer (Re-)Regulierung von Finanzmärkten war politischer Konsens. Ein Auszug aus Angela Merkels Regierungserklärung aus dem Jahr

2008 fasst das Szenario zusammen: „Wir haben es mit Exzessen der Märkte zu tun. Aufgabe des Staates in einer Sozialen Marktwirtschaft ist Kontrolle. Der Staat ist Hüter der Ordnung. Wir beschließen umfassende, weitreichende und einschneidende Maßnahmen. Wir greifen hart durch, damit sich das, was wir jetzt erlebt haben, nicht wiederholt.“¹¹ Die Politik war willens, stärker regulierend in die Finanzmärkte einzugreifen als unter der bis dahin geltenden Prämisse, dass Finanzmarktakteure nur dem „freien Spiel der Märkte“, nicht aber regulatorischen Interventionen unterworfen sein sollten.

Unter diesen Bedingungen wurde dem Thema der Finanzmarktregulierung auch international höchste politische Priorität eingeräumt. Auf mehreren Gipfeln der Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20) war es das zentrale Thema, schließlich wurde diese Gruppe in Reaktion auf die Finanzkrise als Forum für Kooperation in Fragen der Regulierung des Finanzsystems ins Leben gerufen. Obwohl das Thema also weiterhin politisch relevant war, verschwand es jedoch zusehends aus dem öffentlichen Diskurs und wurde in einen Expertendiskurs überführt. Es lassen sich hier zwei Diskurse beobachten, die sich nahezu unabhängig voneinander entwickelten: zum einen ein Diskurs der kriseninduzierten Politisierung, zum anderen ein Diskurs der deliberativen Technokratisierung des Themas Finanzmarktregulation. Beide können durchaus koexistieren, weil sich die finanzmarktpolitischen Diskursräume in mancher Hinsicht entkoppelt haben: auf der einen Seite ein auf die Interaktion in den politischen Beratungsnetzwerken fokussierter koordinierender Diskurs, auf der anderen Seite ein auf die breitere Öffentlichkeit gerichteter kommunikativer Diskurs.¹²

Während im öffentlichen Diskurs die Krisenerfahrung unter den Schlagworten Gier, Korruption und Betrug verhandelt wurde, ist der Diskurs in den Beratungsnetzwerken, an dem ausgewählte Experten teilnehmen, anders ausgerichtet. Hier dominieren Analysen, die sich mit technischen Fragen der Regulierung auseinandersetzen, welche vermeintlich unpolitisch sind. Dass diesen Diskurs insbesondere Akteure führen, die mitunter unmittelbar mit der Finanzin-

dustrie verbunden sind, wird von Beobachtern und einigen NGOs heftig kritisiert.¹³ In der Krise greift die Politik auf Akteure der Finanzregulierung zurück, die miteinander bestens vernetzt sind. Dazu zählen Akteure aus Zentralbanken und internationalen Aufsichtsgremien mit ihren eigenen Analysen und Berichten. Hinzu kommen Gremien der Finanzmarktregulation, die sich aus privaten und staatlichen Mitgliedern zusammensetzen. Nicht zuletzt sind es Manager großer Finanzkonglomerate sowie ausgewählte Wissenschaftler, die Verbindungen in die Finanzbranche unterhalten. Politische Entscheidungsträger adressieren zum Teil das Dilemma, dass sie sich in den politischen Reaktionen auf das Wissen von jenen Akteursgruppen berufen müssen, die zu den Verursachern der Krise zählen.¹⁴ Dieser Kreis, dessen Mitglieder zum großen Teil sehr ähnliche Biografien und Ausbildungen vorweisen, bringt eine spezifische Krisendeutung hervor: Die Krise wird als Versagen des Staates und Regulatoren gedeutet, ein exogener Schock für die Märkte, für den einzelne Marktteilnehmer nicht verantwortlich gemacht werden könnten.¹⁵

Als Reaktion auf dieses Narrativ des Versagens der Aufsichtsbehörden, die bis zur Krise vornehmlich national organisiert waren, wurde ein neues europäisches Aufsichtssystem etabliert, auf das die bisher nationalen Kompetenzen der Finanzmarktaufsicht weitgehend übertragen wurden. Das „European System of Financial Supervision“ (ESFS) geht maßgeblich auf die Empfehlungen einer Expertenkommission zurück, die ebenfalls von Kritikern als zu eng mit der Finanzindustrie verbunden angesehen wurde.¹⁶ Mit der Einführung dieses neuen Aufsichtssystems wurde die dramatisierte Versicherheitlichung des Krisenmanagements in einen neuen Modus überführt, der jedoch weiterhin auf der Wahrnehmung des Finanzsystems als potenzielles Sicherheitsproblem beruht. Die latente Gefahr einer möglichen Finanzkrise legitimiert den Einsatz von Sicherheitsexperten, die das Handeln der Finanzmarktakteure ständig beobachten sollen und gegebenenfalls intervenieren. In diesem auf Dauer gestellten Modus der Versicherheitlichung soll mit Hilfe von speziellen Praktiken

der Überwachung und Kontrolle Stabilität gewährleistet werden. Es werden Routinen der Sicherheit entwickelt, die wenig Aufsehen erregen und nur im Falle einer Intervention sichtbar werden.

Bereits vor der Krise waren solche Mechanismen auf nationaler Ebene aktiv, wie etwa die Interventionsmöglichkeit der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin). Viele ihrer Kompetenzen wurden ebenfalls auf die supranationale Ebene der Europäischen Finanzaufsicht übertragen und erweitert. Eine der markantesten Erweiterungen ist dabei die Implementierung der so genannten „makroprudentiellen Regulierung“ als dritten Pfeiler der Finanzmarktsteuerung neben der klassischen Geldpolitik und der mikroprudentiellen Regulierung. Im Vergleich zu dem vor der Krise angewandten mikroprudentiellen Ansatz, der sich auf die Supervision und Regulierung einzelner Finanzinstitute und -akteure konzentrierte, setzt sich der makroprudentielle Ansatz zum Ziel, das Finanzsystem als Ganzes im Blick zu haben. Auf diese Weise soll etwa der Bildung von Blasen entgegengewirkt werden, die weniger durch individuelle, sondern vor allem durch kollektive Aktivitäten ausgelöst werden. Um die erhofften Effekte zu erzielen, müssen jedoch zuerst entsprechende Daten über Marktbewegungen generiert werden, auf die mit ebenfalls noch zu entwickelnden Maßnahmen reagiert werden soll.

Im Vergleich der mikro- und makroprudentiellen Regulierung fallen deren grundsätzlich verschiedenen Herangehensweisen auf: während der mikroprudentielle Ansatz eher disziplinarisch agiert, wenn Finanzmarktpraktiken nicht den Regularien entsprechen, setzt makroprudentielle Regulierung weniger auf Verbote, sondern auf möglichst wenig Intervention in die finanzwirtschaftlichen Kreisläufe. Statt auf einzelne Praktiken der Finanzwirtschaft zu reagieren, werden Vorgaben gemacht, etwa zu den vorzuhaltenden Eigenkapitalanteilen, die darauf abzielen, das gesamte System zu stabilisieren. Statt der bisherigen Vorsichtsmaßnahmen (im Englischen „precaution“) setzt makroprudentielle Regulierung auf Vorbeugung, um unvorhergesehenen Ereignissen da-

durch begegnen zu können, dass man ihnen zuvorkommt („preemption“). Dies impliziert ein Verständnis von Zeitlichkeit, das zukünftige Ereignisse – wie erneute Krisen – ständig mitdenkt und in Handlungen der Gegenwart mit einbezieht. Maßgeblich ist dabei die Grundannahme, dass weitere Finanzkrisen nicht zu vermeiden sind, sondern allenfalls in ihren Auswirkungen begrenzt. Dabei wird wie in vielen anderen Bereichen, in denen präventiv gedacht wird, auf das Konzept der „Resilienz“ zurückgegriffen. Der Ansatz der Resilienz geht davon aus, dass die Unsicherheit bestimmter (kollektiver) Subjekte nicht nur davon bestimmt ist, wie groß die Bedrohung ist, der sie ausgesetzt sind, sondern ebenso von der Konstitution des Subjekts selbst abhängt.¹⁷ Im Idealfall sollte also ein resilientes Finanzsystem zukünftige Krisen verkraften können, ohne auf staatliche Hilfe angewiesen zu sein. Ob diese neuen Ansätze das Finanzsystem tatsächlich derart verändert haben, dass zukünftige Krisen nicht erneut als substantielle Bedrohung für den allgemeinen Wohlstand wahrgenommen werden, ist allerdings zu bezweifeln. Nicht wenige Beobachterinnen und Kritiker konstatieren, dass nur wenige substantielle Veränderungen in der Finanzmarktregulierung tatsächlich durchgesetzt wurden und eher als leere Versprechungen gelten.¹⁸

Ambivalente Zeiten: Zu den Wahrnehmungsstrukturen ökonomischer Modellierungen

Zweifel an der Wirksamkeit von solchen Maßnahmen scheinen insbesondere vor dem Hintergrund der ideologischen Grundannahmen der Austeritätspolitik berechtigt zu sein. So kann der IWF auf eine jahrzehntelange Praxis zurückblicken, in der die Kreditvergabe an verschuldete Staaten an die Erfüllung tief greifender Auflagen gegenüber den Gläubigern geknüpft war. In der Folge wurden und werden die betroffenen Schuldnerstaaten im Vergleich zu anderen Nationen insbesondere durch die hohen Sparauflagen in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung nicht nur gebremst, sondern um Jahre zurückgeworfen. Den „lost

generations“ solcher Staaten wird die Hoffnung auf eine vielversprechende Zukunft abgesprochen.

Das Drehbuch, nach dem Schuldnerstaaten an ihre rigorose Sparrolle gebunden sind und sich zugleich die Bühne mit wirtschaftlich potenteren Akteuren zu teilen haben, folgt einer Logik, die als „neoklassisch“ bezeichnet wird und mit der ab den 1870er Jahren einsetzenden Grenznutzenlehre eng verknüpft ist.¹⁹ Sie zeichnet sich, so die Geschichte der Wirtschaftswissenschaften, durch ein mechanistisches Weltbild aus, welches sich wiederum in den wirtschaftspolitischen Interventionen und ihren irreversiblen Folgen widerspiegelt. Dieses mechanistische Weltbild beruht auf der Grundidee, dass sich, würde man die freie Entfaltung ökonomischer Entwicklungen nicht durch künstliche Eingriffe stören, ein Gleichgewicht einstellen würde. Die Allgemeine Gleichgewichtstheorie besagt, dass Angebot und Nachfrage immer in Richtung eines Marktgleichgewichts tendieren. Abweichungen hiervon werden der Unvollkommenheit von Märkten zugeschrieben, etwa durch die Erhebung von Steuern oder anderen Marktverzerrungen, die einem Einpendeln auf den originären Gleichgewichtspreis entgegenwirken. Die Rolle des Gleichgewichtsbegriffs selbst sei, so etwa Karl Pribram, nicht zu überschätzen: „Der Gleichgewichtsgedanke war der Zauberstab, der diese Beziehungen [zwischen ökonomischen Größen] einer konsistenten Analyse zugänglich machte und schließlich das logische Instrumentarium dafür lieferte, sie zu mehr oder weniger sorgfältig entworfenen hypothetischen Systemen zu verknüpfen.“²⁰

Entscheidend für die gegenwärtige Austeritätspolitik ist zum einen, dass die Nutzung des Gleichgewichtsgedankens in seinen verschiedenen Verwendungsformen nicht nur das ökonomische Denken beeinflusst, sondern auch wirtschaftspolitische Überlegungen geprägt hat (vgl. ebd.) und zum anderen, dass noch eine spezifische Form der Zeitlichkeit hinzu tritt. Das mechanistische Weltbild der Neoklassiker fiel mit einem Mathematisierungsschub in der Ökonomik zusammen. Und die zunehmende Reformulierung ökonomischer

Überlegungen in mathematischer, genauer: algebraischer, Sprache ist eng mit einer spezifischen Zeitlichkeit verknüpft. Hierbei handelt es sich um eine Zeitlichkeit, die keine historische Anbindung, keine Anknüpfung an das gesellschaftliche Geschehen aufweist, sondern sich durch eine mathematisch-logische Zeitlosigkeit in paradoxer Verbindung mit einer reversiblen, mechanistischen Zeitlichkeit auszeichnet. Für die historische Zeit seien die Historiker und nicht die (neoklassischen) Ökonomen zuständig.²¹

Stellt man sich, diesem Verständnis folgend, das volkswirtschaftliche Handeln und die Wechselwirkungen zwischen den ökonomischen Größen wie ein mechanisches Pendel vor, das auf natürliche Weise in eine Gleichgewichtslage gelangt, lässt diese logische Zeitform keinen Raum für die Historizität von Zeit. Volkswirtschaftliche Entwicklungen erscheinen damit analog zur Mechanik bedenkenlos reversibel: Sie können nach Belieben auf Null zurück gestellt werden und verhalten sich indifferent gegenüber jeglichen unintendierten und irreversiblen Folgen. Diese Vorstellung spiegelt sich in der aktuellen Austeritätspolitik in der Weise wider, dass der Schuldnerstaat nur die Sparziele einhalten müsse, um die Marktgängigkeit von Staatsschulden im Sinne der Wiederherstellung eines Ausgangszustandes zurück zu erlangen, während nur wenig Überlegung auf diejenigen sozialökonomischen Konsequenzen der Programme verwendet werden, deren Folgen nicht so leicht rückgängig zu machen sein werden.

Dieser Logik der Reversibilität folgend, haben die Schuldnerstaaten, so der Nobelpreisträger Joseph Stiglitz, lediglich ihre wirtschaftspolitische Souveränität an eine Organisation, dem IWF, abzutreten, die die internationalen Gläubiger vertritt.²² In diesem Sinne erlaubte Griechenland der Trias aus IWF, Europäischer Zentralbank und Europäischer Kommission, „wirtschaftspolitische Parameter zu diktieren und anschließend technokratische Regierungen zu ernennen, die die Umsetzung des Programms beaufsichtigen sollen“ (ebd.). Die vorgegebenen „economic policies“, deren Einhaltung die Voraussetzung für die finanzielle Unterstützung darstellen, sind mit selektierten ökonomischen

mischen Messgrößen verknüpft.²³ Der IWF sieht, so Richard Peet, seine Aufgabe nicht nur darin, Geld zu leihen, sondern in die nationale (Wirtschafts-)Politik einzugreifen, um im internationalen System Stabilität zu gewährleisten. Dies geschehe auf drei Arten: 1) "keeping track of the global economy and the economies of member countries", 2) "lending to countries with balance of payments difficulties" und 3) "giving practical help to members", wobei der dritte Punkt die Vorgabe der Policies durch den IWF und die Einhaltung durch den Schuldnerstaat verkürzt umschreibt.²⁴

Das neoklassische Modell, welches den Maßnahmenpaketen zugrunde liegt, sei, so Peet, um Keynesianische Aspekte ergänzt worden; was allein der Legitimierung der eigenen Rolle geschuldet sei. Denn die Staatengemeinschaft benötige eine regulierende Institution wie den IWF, um die Dauer des Ungleichgewichts in den internationalen Zahlungsbilanzen zu verkürzen und dessen Ausmaß zu reduzieren – was dem Grundgedanken eines natürlichen Einpendelns widerspricht.²⁵ In neoklassischer Tradition setzt der IWF jedoch zugleich an makro-ökonomischen Größen an, wie etwa dem Staatshaushalt, dem Geld- und Kreditwesen, dem Wechselkurs und der Finanzpolitik, insbesondere der Regulierung und Überwachung des Bankensystems und anderer Finanzinstitutionen.²⁶ Die neoklassische Logik gestattet es dem IWF, sich auf selektierte ökonomische Größen zu verlassen, die bei Erreichen der anvisierten Zielkorridore alle bis dahin aufgetretenen unerwünschten Erscheinungen obsolet werden lassen. Einer solchen Sichtweise bleibt jedoch verborgen, dass historische Entwicklungen auch bei einer (in einigen Fällen unrealistischen) Verbesserung des Staatshaushalts eben nicht rückgängig gemacht werden können: Hier trifft neoklassisch-mechanistische Reversibilität auf historische Irreversibilität, eine abstrakt-ahistorische Logik auf eine historische Zeitlichkeit.²⁷

Diese übliche Praxis des IWF, die auch im Falle Griechenlands zu beobachten ist, bleibt nicht unkritisiert. So verweist etwa Stiglitz darauf, dass die eingeforderte strenge Sparpolitik in Kombination mit Privatisierungs- und Liberalisierungserfordernissen oftmals nicht zu

Wachstum, sondern zu Verelendung führt. Darüber hinaus übergehen die wissenschaftlichen Leitlinien des IWF wirtschaftswissenschaftliche Erkenntnisse der vergangenen 25 Jahre.²⁸

Bei der Frage nach einem verantwortungsvollen Umgang mit Schulden, Schuldnerstaaten und dem Verhältnis zu ihren Gläubigern wird zudem die Frage allzu leichtfertig übergangen, ob bzw. wie Staatsschulden überhaupt beobachtbar gemacht werden, bzw. inwieweit eine spezifische Auswahl von makroökonomischen Größen die Interpretation in eine spezifische Richtung nahelegt, womit wiederum bestimmte wirtschaftspolitische Handlungsempfehlungen verbunden werden. Nicht neu ist, dass Zahlenwelten eine Art Hyperrealität darstellen, also eine eigene soziale Wirklichkeit erschaffen, statt nur eine Repräsentation von Transaktionen, Kapitalwerten, Ressourcenverwendungen und vielem mehr darzustellen.²⁹ So hat Barbara Grimpe die Diskussion über Staatsschulden zu Recht in eine Richtung geöffnet, die nach der Herstellung von Staatsschulden durch bestimmte Formen ihrer Darstellung fragt. Sie zeichnet nach, auf welche Weise u.a. Organisationen wie der IWF Staatshaushalte und den Verschuldungsstand beobachten, untersucht die Kette von der ökonomischen Realität, über Beobachtungsweisen bis zu anschließenden Handlungen.³⁰ So zeigt sie minutiös, wie auf Basis aggregierter Zahlen eine Wirklichkeitskonstruktion stattfindet, oder anders formuliert, wie auf wenigen Zentimetern Bildschirmfläche ganz neue ökonomische Realitäten kreiert werden.

Anmerkungen:

¹ Ötsch, Walter Otto (2009): Mythos Markt. Marktradikale Propaganda und ökonomische Theorie. Marburg: Metropolis, 2. Auflage.

² Hennessy, Alexandra (2014): Redesigning financial supervision in the European Union (2009–2013). *Journal of European Public Policy* 21, 2, S. 151–168; Mabbett, Deborah/Schelkle, W. (2015): What difference does Euro membership make to stabilization? The political economy of international monetary systems revisited. *Review of International Political Economy* 22, 3, S. 508–534.

³ Conze, Eckart (2012): Securitization. Gegenwartsdiagnose oder historischer Analyseansatz? *Geschichte und Gesellschaft* 38, S. 453–467.

- ⁴ Vaara, Eero (2014): Struggles over legitimacy in the Eurozone crisis: discursive legitimation strategies and their ideological underpinnings. *Discourse & Society* 25, 4, S. 500–518.
- ⁵ Boy, Nina (2014) Öffentlichkeit als public credit. In: Langenohl, Andreas/Wetzel, Dietmar J. (Hg.): Finanzmarktpublika. Moralität, Krisen und Teilhabe in der ökonomischen Moderne. Wiesbaden: Springer VS, S. 301–317.
- ⁶ Boy, Nina (2015): Sovereign safety. *Security Dialogue* 46, 6, S. 530–547.
- ⁷ Kaedtler, Jürgen (2014): Finanzmarktöffentlichkeit und Finanzmarkttrationalität. Zu den Bestandsbedingungen einer Form bedingter Rationalität in der Krise. In: Langenohl, Andreas/Wetzel, Dietmar J. (Hg.): Finanzmarktpublika. Moralität, Krisen und Teilhabe in der ökonomischen Moderne. Wiesbaden: Springer VS, S. 173–195, hier: 179.
- ⁸ Siehe etwa <http://www.welt.de/wirtschaft/article140581463/Griechenland-hat-ueber-seine-Verhaeltnisse-gelebt.html>.
- ⁹ Langenohl, Andreas (2015) Collateralized polities: The transformation of trust in sovereign debt in the wake of the Eurozone crisis. *Behemoth: A Journal on Civilisation* 8, 1, S. 67–90.
- ¹⁰ Langley, Paul (2014): *Liquidity lost. The governance of the global financial crisis*. First edition. Oxford: Oxford University Press; Boy, Nina/Burgess, J. Peter/Leander, Anna (2011): The global governance of security and finance: Introduction to the special issue. *Security Dialogue* 42, S. 115–122, hier: 116.
- ¹¹ Merkel, Angela (2008): Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zum Finanzmarktstabilisierungsgesetz vor dem Deutschen Bundestag am 15. Oktober 2008 in Berlin: Bundesregierung. Berlin, 15.10.2008. <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2008/10/109-1-bk-bt.html>.
- ¹² Bieling, Hans-Jürgen (2014): Europäische Finanzmarktpolitik in der Krise. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 8, S1, S. 91–113.
- ¹³ Haar, Kenneth/Pohl, Christine/Rowell, Andy/Vassalos, Yiorgos (2009): A captive Commission – the role of the financial industry in shaping EU regulation. Hg. v. Alliance for Lobbying Transparency and Ethics Regulation in the European Union. Alter-EU.
- ¹⁴ Merkel, Angela (2009): Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich des Führungstreffens Wirtschaft 2009. Berlin, 20. 11. 2009. <http://www.bundeskanzlerin.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/Reden/2009/11/2009-11-20-rede-merkel-kongress-sz.html>.
- ¹⁵ Financial Stability Forum und International Monetary Fund (2010): The financial crisis and information gaps, https://www.financialstabilityboard.org/publications/r_091107e.pdf; Kessler, Oliver (2013): Die Krise als System? Die diskursive Konstruktion von „Risiko“ und „Unsicherheit“. In: Maeße, Jens (Hg.): *Ökonomie, Diskurs, Regierung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 57–76.
- ¹⁶ Haar, Kenneth/Rowell, Andy/Vassalos, Yiorgos (2009): Would you bank on them? Why we shouldn't trust the EU's financial "wise men". Hg. v. *Corporate Europe Observatory* (CEO) und et al. <http://archive.corporateeurope.org/docs/would-you-bank-on-them.pdf>.
- ¹⁷ Dunn Cavelyt, Myriam/Kaufmann, M./Soby Kristensen, K. (2015): Resilience and (in)security: Practices, subjects, temporalities. *Security Dialogue* 46, 1, S. 3–14.
- ¹⁸ Helleiner, Eric (2014): The status quo crisis. *Global financial governance after the 2007–08 financial meltdown*. Oxford/New York: Oxford University Press.
- ¹⁹ Dobb, Maurice (1977[1973]): Wert- und Verteilungstheorien seit Adam Smith. Eine nationalökonomische Dogmengeschichte. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 199.
- ²⁰ Pribram, Karl (1998): *Geschichte des ökonomischen Denkens*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1143; vgl. Ormerod, Paul (1994): *The Death of Economics*. London: Faber, 43.
- ²¹ Heine, Michael/Herr, Hansjörg (2012): *Volkswirtschaftslehre. Paradigmatische Einführung in die Mikro- und Makroökonomie*. 4., vollständig überarbeitete und erweiterte Aufl. München: Oldenbourg, 505.
- ²² Stiglitz, Joseph (2012): *Der Preis der Ungleichheit. Wie die Spaltung der Gesellschaft unsere Zukunft bedroht*. München: Pantheon, 193.
- ²³ Peet, Richard (2009): *Unholy Trinity. The IWF, World Bank and WTO*. London: ZedBooks, 66f.
- ²⁴ IWF (2015): *Our Work*, <http://www.imf.org/external/about/ourwork.html>.
- ²⁵ Peet, a.a.O., 58.
- ²⁶ A.a.O., 58, 69.
- ²⁷ Giacobelli, Sebastian/Langenohl, Andreas (2016, i.E.): Zwischen Synchronizität und Gleichgewicht: Zeitformen im internationalen kapitalistischen System. In: Gamper, Michael/Geulen, Eva/Grave, Johannes/Langenohl, Andreas/Simon, Ralf/Zubarik, Sabine (Hrsg.): *Zeit und Form*. Hannover: Wehrhahn.
- ²⁸ Stiglitz, a.a.O., 244; vgl. Heine/Herr, a.a.O., 235.
- ²⁹ Vgl. Vollmer, Hendrik (2003): Grundthesen und Forschungsperspektiven einer Soziologie des Rechnens. *Sociologia Internationalis* 41, S. 1–23; Vormbusch, Uwe (2004): *Accounting. Die Macht der Zahlen im gegenwärtigen Kapitalismus*. Berliner Journal für Soziologie 14, 1, S. 33–50; Mennicken, Andrea/Preda, Alex/Vollmer, Hendrik (2009): Tracking the numbers: cross accounting and finance, organizations and markets. In: *Accounting, Organizations and Society* 34, 5, S. 619–637.
- ³⁰ Grimpe, Barbara (2010): *Ökonomie sichtbar machen: Die Welt nationaler Schulden in Bildschirmgröße. Eine Ethnographie*. Bielefeld: transcript.

Kontakt:

Prof. Dr. Andreas Langenohl
 Institut für Soziologie
 Justus-Liebig-Universität Gießen
 Karl Glöckner-Straße 21E
 35394 Gießen